

Ortlieb, Heinz-Dietrich

**Article — Digitized Version**

## Namibia in der SWAPO-Sackgasse

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Ortlieb, Heinz-Dietrich (1978) : Namibia in der SWAPO-Sackgasse, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 10, pp. 478-479

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135236>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

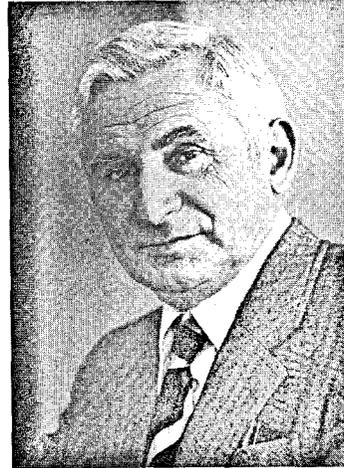
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Namibia in der SWAPO-Sackgasse

Daß sich die Wahlen in Namibia wieder an dem SWAPO-Problem festfahren würden, war trotz der erfolgreichen Vorverhandlungen zwischen Südafrika und den Westmächten vorauszusehen. Wo haben sich nationale und internationale Probleme schon mit Hilfe der UNO vernünftig lösen lassen, seitdem diese Weltorganisation zu einer Massenveranstaltung kleiner und kleinster Völker geworden ist, die, nicht durch zu viel Macht, sondern durch Macht- und Hilflosigkeit verunsichert und korrumpiert, zur Unterstützung von Terrororganisationen ihre Zuflucht nimmt.

Selbst westliche Regierungen, die aus Erfahrung im eigenen Lande wissen, was Terrorismus ist, beeilen sich, terroristischen Vereinigungen einen offiziellen internationalen Status und den Charakter von Volksvertretungen zu verleihen. Zu wichtig ist ihnen, auf Plenarsitzungen der UNO und in der eigenen Presse nicht als Reaktionäre und Neokolonialisten verunglimpft zu werden und bei Wahlen (z. B. für den Sicherheitsrat) nicht durchzufallen. Selbst die Tatsache, daß Vertreter der SWAPO in den letzten Monaten immer wieder unverblümt erklärten, sich nicht mit einer Machtbeteiligung begnügen, sondern die ganze Macht haben zu wollen, war daher nicht geeignet, bei den Westmächten Zweifel an der Bereitschaft der SWAPO zu einer friedlichen Lösung zu wecken.

Bei einer solchen Hörigkeit des Westens gegenüber der UNO war es von vornherein fraglich, ob die mühseligen Vorbereitungen zwischen Südafrika und den fünf westlichen Ländern zu einer praktikablen und daher haltbaren Übereinkunft führen würden. Auch wenn dies nicht immer mit aller Deutlichkeit ausgesprochen wurde, die Kardinalfrage in Namibia ist: Kann eine terroristische Beeinflussung der Wahl durch die SWAPO verhindert werden, wenn die Polizei und das südafrikanische Militärkontingent minimiert und die UNO-Friedenstruppe maximiert werden? Die Erfahrungen mit Friedenstruppen im Libanon, um die Israelis zum Abzug zu bewegen, sind nicht gerade die besten.

Außerdem reicht es nicht aus, Namibia nur für die Zeit der Wahl und der Verfassungsgebung unter das Kuratel einer Ordnungsmacht zu stellen, die dafür sorgt, daß weder die SWAPO noch eine andere Gruppe oder Organisation versucht, mittels Terrors zu herrschen. Als vor 20 Jahren der große Entkolonialisierungsprozeß in Afrika abließ, waren, wenn auch meist zu kurze, Übergangsperioden vorgesehen, ehe die Entlassung in die Selbstständigkeit endgültig wurde. Selbst dann ging es nur gut, wenn Staatshäupter da waren, deren Autorität ausreichte, um auseinanderstrebende Kräfte zusammen- und feindselige auseinanderzuhalten. Was passierte, wenn dies nicht der Fall war, dafür ist Zaire nur das krasseste Beispiel.

Beim bevorstehenden Entkolonialisierungsprozeß im südlichen Afrika ist die Situation sehr viel schwieriger. Es heißt geradezu, beide Augen vor den Realitäten fest zu verschließen, wenn westliche Regierungen davon ausgehen, ausgerechnet um den inneren Frieden zu sichern, in Rhodesien ebenso wie in Namibia Terrororganisationen als Parteien an den Wahlen beteiligen zu müssen. Entweder werden diese schnell eine terroristische Friedhofsruhe wie in Mozambique herstellen, oder es wird eine lange Zeit von Stammeskämpfen und Bandenkriegen wie in

Angola geben. Es ist ein großer Unterschied, ob subversiver Terror von den Nachbarländern ausgeht oder ob er im Lande selbst seine Fronten und Stützpunkte hat.

Wenn schon nicht die UNO, dann sollten sich wenigstens die Westmächte darüber klar sein, daß sie mit der Entkolonialisierung auch die Verantwortung für deren Folgen tragen. Wenn diese erträglich sein sollen, muß dafür gesorgt werden, daß in einem selbständig werdenden Namibia eine Ordnungsmacht (von innen oder notfalls von außen als Mandatsmacht) über Wahlen und Verfassungsgebung hinaus vorhanden ist, bis sicher ist, daß die neue Ordnung hält — eine Ordnungsmacht, welche Stammeskämpfe verhindert und Minderheiten schützt, auch die Weißen. Denn ein Auszug der Weißen würde einen wirtschaftlichen Rückschlag mit sich bringen, der auch die sozialen Spannungen unter den Schwarzen steigern und nicht verringern müßte.

Was für Namibia gilt, gilt auch für Rhodesien. Und was die Republik Südafrika anlangt, darf schließlich nicht übersehen werden, daß die notwendigen, aber besonders schwierigen Reformen dort maßgeblich von den Verhältnissen in den Nachbarländern bestimmt sein werden. Wenn hier der antiweiße Rassismus der Terroristen sich durchgesetzt hat, werden auch in Südafrika die Wirtschaft und mit ihr soziale Reformen stagnieren und der Polizeistaat sich versteifen müssen, wenn nicht gar Schlimmeres geschieht. Schon vor 150 Jahren hat Tocqueville darauf hingewiesen, daß autoritäre Systeme durch Liberalisierung die Gefahr des revolutionären Umsturzes eher vergrößern als verringern. Daher muß in der Phase liberaler Reformen der Ordnungstaat eher aus- als abgebaut werden.

Marxistische Theoretiker haben die These aufgestellt, daß kapitalistische Nationen zwangsläufig von Zeit zu Zeit Kriege vom Zaum brechen müßten, um mit ihren internen sozialen und wirtschaftlichen Problemen fertig zu werden oder von ihnen abzulenken. Diese Theorie enthält einen richtigen Kern. Nur trifft ihr Wahrheitsgehalt nicht bloß auf kapitalistische Nationen zu; auf diese heute sogar am wenigsten. Sie gilt für die menschliche Natur schlechthin, ob diese sich nun im Leben eines einzelnen, einer Gruppe oder eines Volkes realisiert. So wie der einzelne, der mit seinen persönlichen Problemen nicht fertig wird, zu neurotischer Aggression nach außen seine Zuflucht nimmt, so kann dies bei einer revolutionären Gruppe in Gestalt des Terrorismus, bei einem Volk in Gestalt eines Angriffskrieges geschehen.

In Schwarzafrika haben sich im Laufe der Jahre die Entwicklungsschwierigkeiten vielerorts so zugespitzt, daß es für ins Gedränge geratene Regierungen naheliegt, in revolutionärer Aggressivität die Flucht nach vorn zu versuchen und in den restlichen weißen Enklaven im südlichen Afrika den Ersatzfeind zu finden, der die eigenen Probleme in den Hintergrund treten läßt. Es ist nicht zufällig, daß es gerade die Frontstaaten (Angola, Mozambique, Sambia, Tansania) sind, deren Entwicklungslage als verzweifelt bezeichnet werden kann. Was dazu führt, daß sie in der UNO den Wirtschaftsboykott gegen Rhodesien und Südafrika verlangen, aber sich selbst nicht daran halten. Das gleiche Elend wird für Namibia und Rhodesien die Folge sein, wenn diese Länder unter terroristische Herrschaft geraten und die Weißen vertrieben worden sind.

Unter westlichen Politikern teilt man durchaus die Zweifel, ob im südlichen Afrika eine vielrassige Gesellschaft auf der Grundlage einer Mehrparteien-Demokratie lebensfähig sein könnte und ob ein völliger Abzug der Weißen nicht für längere Zeit die Lage der schwarzafrikanischen Bevölkerung erheblich verschlechtern würde. Man hält es sogar für möglich, daß es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Parteien und Stämmen kommen wird und als Folge davon zu Zuständen, denen gegenüber die heutigen Verhältnisse in Südafrika der Mehrheit der Schwarzen geradezu als paradiesisch erscheinen müßten. Man ist aber der Meinung, daß dies den Westen nichts mehr angehe, wenn keine weißen Bevölkerungsgruppen daran beteiligt wären. Dabei wird übersehen, daß gerade in einem von Weißen geräumten Südafrika — so wie die Lage heute ist — militante antiweiße Rassisten als Sieger über die verständigungsbereiten Antirassisten unter den Schwarzen hervorgehen werden und daß gerade jene militanten Revolutionäre auch nach einem Sieg das Feindbild vom Weißen bitter nötig haben werden, um sich für die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse rechtfertigen zu können. So wird die Politik des Westens in Afrika weder humanitär noch machtpolitisch die gewünschten Wirkungen zeitigen.